

Bezugspreis:
Einzelheft 1 Pf.
Für den Monat 30 Pf.
Für den Vierteljahr 85 Pf.
Für den halbjähr 1.60 Pf.
Für den jährlichen 3.00 Pf.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag von G. Chr. Sommer, Bad Ems.

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger) (Bahn-Vote) (Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf.
Reklamzeile 75 Pf.
Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Bad Ems, Adm.-Str. 96.
Hauptredaktion Nr. 7.
Verantwortlich für die Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Ems

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 17 Bad Ems, Dienstag den 21. Januar 1919. 71 Jahrgang.

Gefellte Nachrichten

Die Ausbesserung der Schäden in Belgien.
Brüssel, 20. Jan. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in Ostende das erste Tribunal für die Kriegsschäden eingesezt. Der Minister wandte sich an die Senatoren und Abgeordnete des Arrondissements, an den Bürgermeister, die Schöffen und die Mitglieder des Tribunals und sagte: Es ist dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen zur Feststellung der Schäden, um die Wiederherstellung unserer Seestädte ohne Verzug in Angriff zu nehmen und Ostende für nächsten Sommer wieder zu eröffnen.

Die Gefangenen der Verbündeten in Holland.
 Haag, 20. Jan. Bis zum 14. Januar sind 229.397 Kriegsgefangene in Holland angekommen, davon 14.603 Engländer und 119.019 Franzosen.

Das Ende der Unruhen in Buenos Aires.
Buenos Aires, 20. Jan. Der Senat hatte den Belagerungszustand erklärt. Nach einer Konferenz zwischen dem Präsidenten der Republik und einer Abordnung der Streikenden ist die Einstellung des Streiks angeordnet worden. Das Leben in der Stadt ist wieder normal. Zahlreiche verhaftete Personen sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Die Gefährdung Schlesiens durch die Tschechen.
Breslau, 17. Jan. Im Breslauer Rathaus fand gestern nachmittag eine Konferenz der Behörden, der Presse, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. In der der Chef des Stabes des 6. Armee-Korps war, trafen sich auf die schwere Gefährdung Schlesiens hinwies. Die Tschechen haben eine erprobte schlagfertige Armee von 500.000 Mann mit reichlichen Geschützen und bedrohen von Braunsau aus die Grafschaft Glatz. Die Polen besitzen 18 Divisionen, welche von Lemberg aus in Oberschlesien jeden Augenblick einfallen können. Dringende Forderung sei die Bildung eines schlesischen Freiwilligenkorps zum Heimatjahr, dem aus Heimatliebe alle wehrfähigen Männer beitreten sollten.

Der im Streit Ruhrgebiet.

Dortmund, 18. Jan. Die Belegschaften der Zechen Rönnebach haben beschlossen, den Betrieb zu sozialisieren. Ein Beirat aus drei Arbeitern, einem Büroangestellten und einem Zeiger hat die Leitung des Betriebs übernommen. Die Direktion konnte vorläufig gegen dieses außerordentliche Verfahren der Sozialisierung nur Protest einlegen.

Die Vorriedenskonferenz.

Paris, 18. Jan. Savas. Die interalliierte Konferenz tagte gestern von 3.30 bis 5.30 Uhr nachmittags. Sie wird vor Eröffnung der Friedenskonferenz nicht mehr zusammenzutreten.

Paris, 19. Jan. Ueber die Verhandlungen des interalliierten Rates in Paris können die Pariser Blätter nur einzelne kurze Nachrichten geben. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß in den bisherigen Besprechungen Wilson der Hauptredner war, der durch die Darlegungen seiner Argumente die Aufmerksamkeit des Kongresses auf sich zog. Clemenceau habe den Eindruck eines Mannes gemacht, der die Verhandlungen zu einem schnellen Ende treiben wollte. Die englischen Delegierten griffen ebenso wie Lansing sehr häufig in die Debatte ein, Sonnino und Orlando nur wenig. Die Information läßt erkennen, daß noch keine Einigung erzielt worden ist. Der Bericht sagt dann weiter: „Clemenceau war gegen seine Art verfahren. Lloyd George und Wilson lächelten. Sonnino blieb ziemlich traurig; Rume und Bala machten ihm Sorge. Man sagt, daß Wilson von dem Schicksal dieser beiden Städte eine Auffassung habe, die Italien verstimme. Aus verschiedenen Presseäußerungen geht hervor, daß die Kongreßbeschlüsse sehr verstimmt haben, so besonders die Festlegung der Delegiertenzahlen und die Frage der jüdischen und der arabischen Vertreter.“

Die Friedenskonferenz.

Haag, 18. Jan. Die Associated Press gibt Einzelheiten über das Programm der Konferenz und über die voraussichtliche Geschäftsordnung. Die verschiedenen Gebiets-, Geld- und Wirtschaftsfragen werden zeitweilig nach der Reihe nach behandelt werden müssen. Dort ist anzunehmen, daß die Arbeitsmethode folgende sein wird: Jede Delegation soll über jede einzelne Frage ihr Gutachten abgeben, und diese Gutachten sollen dann dem allgemeinen Sekretariat unterbreitet werden, worauf alle fünf Großmächte gemeinsam diese Punkte besprechen, ihren Standpunkt vergleichen und so eine allgemeine Richtlinie finden, auf der sie sich einigen können. Dadurch werden die 25 Vertreter der Großmächte gewissermaßen als Schiedsgerichte in den verschiedenen Fragen auftreten, in denen zwischen den einzelnen Delegationen Meinungsunterschiede bestehen. Durch diese Methode kann innerhalb weniger Wochen viel mehr verhandelt werden, als sonst durch eine lange Reihe Debatten entschieden werden würde. Jedenfalls handle es sich, offenbar um die praktischste Methode, die auch die Arbeitsweise der künftigen Weltordnung, nämlich des Staatenverbandes, sein dürfte.

Die Westminster Gazette gegen einen Gewaltfrieden.

Amsterdam, 16. Jan. Nach dem Allgemeinen Handels- und Schiffsrecht der Westminster Gazette: Wir lesen in anderen Zeitungen, daß die Alliierten Armeeen, entlegene Schadenvergütungen und Befreiung feindlichen Gebiets bis zur Erfüllung ihrer Bedingungen verlangen werden. Daneben werden noch verschiedene andere Bedingungen anempföhlen, die die Welt für mindestens ein Menschenalter in einem halben Kriegszustand erhalten würden. Dabei wird behauptet, daß die Dienstpflicht abgeschafft werden soll, und daß man entschlossen ist, dem Militarismus ein Ende zu machen. Wenn wir aber keinen Militarismus und keine Dienstpflicht mehr haben sollen, so müssen wir zu einer Einigung mit dem Feinde kommen. Man darf nicht vergessen, daß alle Bedingungen, die über die Grenze des Billigen hinausgehen, nur mit Waffengewalt beibehalten werden können. Wenn der Friede nur durch eine Übermacht der Alliierten die den Feind für ein Menschenalter aus der Weltgemeinschaft ausschließen wollen, erzwingen werden kann, dann wird das neue europäische System dem alten ganz gleich sein.

Ein Hülfersruf der Regierung.

Berlin, 18. Jan. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt über die Folgen der Lokomotivmangel: In den letzten Tagen und Nächten sind in den letzten Tagen schwere Störungen im Eisenbahnbetrieb infolge des immer fühlbarer werdenden Lokomotivmangels eingetreten. Die von der Front und insbesondere aus der Ukraine zur Demobilisierung heimkehrenden Truppenteile können daher nicht, wie geplant, weitergeführt werden. Unter den schwierigsten Verhältnissen für die Truppen mußten die Züge erlassen oder abgestellt werden, und das größtenteils auf Bahnhöfen des besetzten Gebietes, also noch ohne der heimatische Boden erreicht war. Nicht einmal der Seeweg der Ostsee kann verwendet werden, um die Truppen nach dem Westen in ihre Heimatorte zu bringen. Trotz vielfachen Engagements hat der Verband bis heute nicht den Kräfteverkehr zugelassen. Auch die Kohlenversorgung ist in Frage gestellt, wenn der Verband nicht schnellstens Lokomotiven zur Verfügung stellt, um diese Transporte durchzuführen. Schon heute ist auch in den westlichen Bezirken der Lokomotivmangel so groß, daß Zugschwünge, die in dem Bezirk Hannover liegen und in Berlin bringen benötigt sind, nicht nach Berlin herangebracht werden können. Wie soll das weitergehen? Wie bekannt, sind wir noch nicht am Ende der Abgaben angelangt.

Die Parteien und die Nationalversammlung.

Berlin, 16. Jan. Im gubehetzten Saale der Wiener Bürgergesellschaft tagte eine von der Wiener Zentrumspartei einberufene Beamtenversammlung. Rechnungsrat Benz unterstrich die für die Beamenschaft wichtige Frage, ob sie sich ihrer Beamtenstellung verstoßen halten dürfte oder ob ihre lebenslängliche Anstellung, ihre Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung gefährdet seien. Im Ministerium in Berlin teilte ein Beauftragter des Reichspräsidenten namens Strobel mit, daß die Rechte der Beamten auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorgung und dergleichen bald der Vergangenheit angehören würden. — Daraus ergibt sich, daß sowohl die mittleren wie unteren Beamten von der Sozialdemokratie nichts zu erhoffen haben.

Deffnung der deutsch-holländischen Grenze.

Haag, 17. Jan. Der Amsterdamer Telegraf meldet von der deutsch-holländischen Grenze: Der Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen im Rheinland erläßt folgenden Tagesbefehl hinsichtlich des Personenverkehrs über die deutsch-holländische Grenze, der am 20. Januar in Kraft tritt: Die Grenze ist für den Personen- und Güterverkehr von Holland nach dem besetzten Rheinland und umgekehrt zu öffnen. Der Verkehr darf nur auf dem Wege zu folgenden Orten stattfinden: Rijnweg, Kleve, Vennepe, Waals, Beringen, Moermond, Bursen und Aachen. Die Reisenden müssen mit einem Paß versehen sein, der von den Militärbehörden des Rheinlands abgestempelt ist.

Stadtverordnetenwahlen im März?

Unter dieser Überschrift schreibt die Rheinische Zeitung: Wie wir aus Berlin erfahren, ist in Regierungskreisen die Auflösung der Stadtverordneten-Versammlungen und Gemeinderatskollegien bald nach dem Zusammentritt der neuen Parlamente vorgesehen. Man darf mit Gemeinderatswahlen im Monat März rechnen. Die Regierung beabsichtigt, auch für diese Wahlen das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen alter 20 Jahre nach dem System der Verhältniswahl einzuführen.

Deutsche Frauen, deutsche Mädchen, wahrt eure Würde!

Berlin, 16. Jan. Der Telegraphen-Union wird von deutscher Seite mitgeteilt: Zuverlässige Nachrichten aus dem besetzten Gebiet berichten, daß sich die deutschen Frauen und Mädchen in Mainz und Köln, besonders aber

in Aachen, der Bezeichnung gegenüber zum Teil recht würdevoll benehmen. Diese Frauen, die vergessen haben, daß ihre Männer und Brüder noch bis vor kurzem mit den Besatzungstruppen in blutigem Kampf standen, sind sich anscheinend nicht bewußt, wie sehr sie durch ihr Betragen nicht nur sich selbst, sondern auch das ganze deutsche Volk dem Spott und Hohn der Mittwelt aussetzen. Es ist daher wohl angebracht, diese entwürdigende Haltung einzelner Frauen vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken und die deutschen Frauenvereine auf diese Schmach aufmerksam zu machen, damit sie diesem Treiben Einhalt tun.

Entlassung des Jahrganges 1898 aus dem Heimahtheer.

Berlin, 17. Jan. Nach einem neuen Armeeverordnungsblatt ist aus den nicht mobilen Formationen des Heimahtheeres der Jahrgang 1898 in der Zeit vom 15. Januar bis 28. Februar zu entlassen, soweit Sicherheits-, Kranken- und Arbeitsdienst, Gefangenenbewachung und Grenzschutz, sowie die Abwicklung der Mobilmachungsgehefälle es zulassen, jedoch unter Vorbehalt der Wiedereinziehung derjenigen Personen, die ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht noch nicht voll genügt haben. Die Leute, welche wegen Erfüllung der genannten Dienstzweige bzw. Aufgaben bis 28. Februar nicht entlassen werden können, gelten im Sinne des Demobilisierungsplanes als im Dienst zurückbehalten, wenn sie ihre aktive Dienstpflicht erfüllt haben. Da die Rückführung des Heimahtheeres und die Mannschaftsentslassungen in der Hauptsache beendet sind, wird auch die Beschränkung aufgehoben, daß Beurteilungen mit Prüfung in die Heimat zu Erholungswecken einen Zeitraum von 14 Tagen nicht übersteigen. Beurteilungen zu Arbeitszwecken müssen aber noch wie vor unterbleiben.

Rassantische Landwirte! wählt zur preussischen Landesversammlung.

Am 26. Januar soll das preussische Volk durch die Wahlen zur Landesversammlung über seine Zukunft entscheiden. Es handelt sich erstens um die Entscheidung der Frage, ob wieder geordnete Zustände geschaffen werden oder die Mächte des Unfortuges, die Feinde der Ordnung und des friedlichen Wirtschaftslebens zur Herrschaft gelangen sollen. Zweitens handelt es sich um die Entscheidung darüber, welche Gewalt die neue preussische Verfassung erhalten soll. In dieser Entscheidung mitzuwirken, ist jedes Wahlberechtigten heiligste Pflicht. Besonders große Interessen stehen für den deutschen Bauernstand auf dem Spiel, ja es handelt sich um die Frage, ob unser Bauernstand weiter lebensfähig bleiben oder dem Untergang geweiht sein soll. Was von der äußeren Politik für die Landwirtschaft zu erwarten ist, hat der bisherige Verlauf der Revolution gezeigt. Es hat sich jetzt schon gezeigt, daß eine sozialistische Regierung nicht im Stande sein wird, die geordneten Zustände, die wir zum Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens gebrauchen, zu schaffen; für die Landwirtschaft ist die Bevölkerung ist vielmehr die Wahl für die Wahlen der bürgerlichen Parteien Lebensnotwendigkeit.

Alle Männer und Frauen auf dem Lande, die am 26. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben, müssen deshalb ausnahmslos zur Wahlurne gehen. Für welche bürgerliche Partei gewählt werden soll, muß jeder nach seiner politischen Anschauung selbst entscheiden und demgemäß seine Familien- und Haushaltangelegenheiten beraten. Daß die landwirtschaftliche Bevölkerung ausnahmslos wählt, ist für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung viel wichtiger als die Frage, zu welcher Partei man wählt. Für Preußen mit seinen großindustriellen Zentren ist die Gefahr der Radikalisierung noch größer, als für das Reich, da der wählende Einfluß der jüdischen Wähler vorfällt.

Rassantische Landwirte, bedenkt, was von jeder einzelnen Stimme abhängt! Bedenkt, daß die wohlorganisierte Sozialdemokratie jede Frau, jedes Mädchen über 20 Jahre am Wahltag zur Wahlurne bringt und daß es sich ihr unterwerfen muß, wenn man nicht ein Meißelste. Wählt deshalb, um eure Zukunft zu gestalten zu helfen!

Es geht um Haus u. Familie, um Kirche u. Schule, um eure Scholle, die ihr bisher als freie Bürger und Bürgerinnen bearbeitet habt!

Die landwirtschaftlichen Organisationen des Reichsverbandes.

Deutschland.

D Eine feste Haltung. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nachdem die Reichsregierung durch die Niederwerfung der Berliner Sozialistenbewegung den Rücken frei hat, wendet sie nunmehr ihre ungeteilte Arbeitskraft den Fragen der künftigen Verfassung und der Vertretung der deutschen Interessen bei den Friedensverhandlungen zu. Wenn auch Einzelheiten über die Veranlassungen, die gestern begonnen haben und noch andauern, zurzeit noch nicht veröffentlicht werden können, so dürfte die amtliche Verlautbarung, die in Bälde zu erwarten ist, zeigen, daß die Richtlinien für die deutsche Friedensdelegation nicht den Ansprüchen entsprechen werden, übertriebene Forderungen des Verbandes anzunehmen.

D Die Abfindung eines Fürsten. Der Landtag von Schwarzburg-Sondershausen genehmigte den mit dem Fürsten Günther von Schwarzburg abgeschlossenen Vertrag. Demnach verzichtet das fürstliche Haus auf seine Rechte und das Kammergut. Der Fürst erhält eine Jahresrente von 210 000 Mark, sowie den Kießbruch am Schloß in Sondershausen, das Wohnungsrecht im Schloß zu Gehren. Der Fürstin ist ein Wittum von jährlich 70 000 Mark, der Fürstin-Witwe die Zahlung des Wittums von jährlich 48 000 Mark, der Prinzessin Marie die Zahlung der Arrangements von jährlich 13 500 Mark und der Jahresrente von 15 000 Mark bewilligt worden.

D Auch eine „Errungenschaft“ der Revolution. In einer Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland schreibt der Berliner Sozial-Anzeiger: „Mit durchschlagendem Erfolg ist im Sturm der Revolution nur die Sozialisierung der Umgangssprache erfolgt. Lärm, Mord, Schuß, Bluthund, Lumpenpack, Gefindel usw. sind Ausdrücke des täglichen Bedarfs geworden. Wir finden sie in den Zeitungen, von denen die Revolution und ihre Errungenschaften immer aufs neue gepriesen werden. Die rote Fahne, die Freiheit, der Vorwärts und das Berliner Tageblatt verständigen sich auf diese Weise untereinander und mit der Außenwelt. Bei einer bürgerlichen Mehrheit der Nationalversammlung würden wir zur parlamentarischen Umgangssprache zurückkehren, die uns erlaubt, auch mit anderen Völkern wieder zu verkehren. Wir müssen sie wohl denken, wenn wir uns gegenseitig mit so prächtigen Reden umgeben. Das Völkertum muß dafür sorgen, daß sie solchen Sprachschwachs nicht als angemessen für uns halten.“

D Die wendische Republik. Der wendische Nationalausschuß erklärte die wendische Republik für errichtet. Die Stadtverordneten und der Rat Baugens legen dagegen aufs allerhöchste Verwahrung ein; hinter ihnen stehen alle Deutschen und viele Wenden. Angesehen ist zur Unterstützung der wendischen Republik eine starke schlesisch-schlesische Truppenmacht an der schlesisch-schlesischen Grenze zusammengezogen. Auch der schlesische Grenzschutz wurde in den letzten Tagen erheblich verstärkt. Die Gründung der wendischen Republik ist lediglich auf die Erwartung zurückzuführen, daß die Wenden damit von der deutschen Kriegslast befreit würden.

D 100 000 Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitslosen in Berlin beträgt jetzt 100 000 Mann.

D Vonn gegen Köln. Die Bonner bürgerlichen Parteien, die Deutsche demokratische Partei, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutsche nationale Partei, haben bei dem preussischen Ministerium telegraphisch Einspruch gegen die Errichtung der Universität Köln erhoben. „Die Errichtung einer Universität Köln“, so heißt es darin; „bedeutet für die Stadt Bonn und ihre ganze Bevölkerung schwerste Schädigung aller Lebensbedingungen ohne Möglichkeit eines Ausgleiches. Bonn würde der Stellung als zweite preussische Universitätsstadt beraubt werden, ohne daß die Entschädigung eines Gleichwertigen in Köln sicher wäre. Warum nicht statt dessen Zweifelhafte aller altbewährten und neuartigen Einrichtungen in beiden so nahe liegenden Städten miteinander? Warum überflüssige Doppelanstalten in diesen schweren Zeiten? In diesem Sinne erheben die unterzeichneten Parteien von Bonn hierdurch gegen die überaus bedauerliche und jeden Anlaß zur Feindschaft hervorrufende Neugründung entschieden Protest.“ — Zur Frage der Kölner Universität wird nächsten Freitag auch die Stadtverordnetenversammlung Stellung nehmen.

Schiffsunfälle.

D 23. Rom, 17. Jan. Stefanimeldung. Das Giornale d'Italia meldet aus Palermo: Der von Marseille nach dem Pizos führende französische Dampfer Charrol mit 650 Reisenden, zum Teil jüdischer, britischer und indischer Nationalität, an Bord stieß am 14. Januar um Mitternacht gegen eine treibende Mine und sank nach einer furchtbaren Explosion innerhalb vier Minuten am Eingang der Meerenge von Messina. Der englische Dampfer Gageston konnte sich bei klarem Wetter und ruhiger See an die Unfallstelle begeben und ungefähr 150 Schiffbrüchlinge an Bord nehmen. Dem Gageston gelang es, den Dampfer der sizilianischen Seeposten zu benachrichtigen, der Hilfe absandte. Um 8 Uhr morgens fuhren die britischen und italienischen Schiffe in den Hafen von Marseille ein. Das italienische Rote Kreuz hat sich der Schiffbrüchlinge angenommen. Die Zahl der Opfer wird nach einer weiteren Meldung der Agenzia Stefani auf 800 Personen geschätzt.

Aus Provinz und Nachbargebieten

!: Personalien. Lehrer a. D. Karl Müller in Staßfurt ist zum 15. Januar 1919 nach Roß bei Singhofen als Lehrer versetzt worden.

!: Hanbach, 13. Jan. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich am vergangenen Sonntag im benachbarten Hundsdorf. Ein von der Wache heimkehrender Amerikaner hatte eben sein geladenes Gewehr im Hausflur niedergelegt, als der 10jährige Sohn des Landwirts Hermann Klein das Gewehr in die Hand nahm, aus Spielerei anlegte und seiner eben aus der Stube kommenden Mutter direkt durch den Kopf schloß. Die bedauernswerte Frau war sofort tot. Die rund 200 Mann zählende amerikanische Besatzung sammelte eine Summe von über tausend Mark, welche sie dem Gemann Klein anshändigte; außerdem bezahlten sie sämtliche Beerdigungskosten. — Auch in anderer Hinsicht zeigen die Amerikaner große Humanität gegenüber der Bevölkerung. So waren einem dortigen Einwohner

auf einem Schranke 2000 Mark gestohlen worden. Nach kurzer Zeit war das gestohlene Geld durch Sammlung unter den Truppen wieder ersetzt und dem Bestohlenen zurückgestellt.

!: Haiger, 14. Jan. Der Fahrer Ernst Thomas geriet auf der Haigerer Straße in den Hördersprung des Hofes und wurde sofort getötet. Er hinterließ eine Witwe mit fünf kleinen Kindern.

!: Braubach, 19. Jan. Die im letzten Jahre hier gemessene Niederschlagsmenge ergab 593 Millimeter. — Hamkern und Schleißgeschäfte nehmen trotz der Umwälzung lustig ihren Fortgang. Von der hiesigen Polizei wurde dieser Tage in größeren Mengen Mehl und Frucht, sowie ein geschlachtetes Kalb angehalten. Diese Lebensmittel sollten nach Oberlahnstein kommen, nach welcher Stadt auch einige Male lebendes Vieh zur Geheimklachtung gebracht wurde.

!: Frankfurt a. M., 14. Jan. Ordnungshüter! Im Stadtteil Rödelheim wurden kürzlich, nachts die mit Gewehren bewaffneten Wachleute der Hülspolizei dabei überrascht, als sie sämtliche kurz vorher angelegten Wahlplakate verschiedener Parteien abriefen und vernichteten. Die seltsamen Ordnungshüter kamen bei dem Polizeipräsidenten zur Anzeige. — Unter der Begründung, den Bahnverkehr nach Höchst überwachen zu müssen, besetzten französische Soldaten den in der neutralen Zone belegenen Vorortbahnhof Rödelheim.

!: Frankfurt a. M., 17. Jan. In der Nacht überraschten Schugleute vier Personen bei einem Einbruch in das Bürgerhospital. Es entspann sich zwischen den Beamten und den Leuten ein Kampf, bei dem ein Hilfswachmann durch einen Schuß in die Schulter erheblich verletzt wurde. Zwei der Vurschen konnten nach hartnäckiger Gegenwehr verhaftet werden, die beiden anderen wurden heute mittag festgenommen.

!: Höchst a. M., 14. Jan. Der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, Kaiser Stadler-Med, wurde wegen Verteilung von Wahlflugblättern ohne Erlaubnis des französischen Ortskommandos zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt.

!: Hanau, 14. Jan. Das hiesige Landratsamt wird — und das dürfte ein Novum sein — von zwei Landräten verwaltet. Der eine „Landrat“ ist der Spartakusmann Dr. Wagner von hier, der andere Regierungsrat Dr. Schmid. Dieser, der rechtmäßige Landrat, mußte dem Terror eines Hanauer „Kollegen“ weichen und leitet von Frankfurt aus die Kreisgeschäfte. Dr. Schmid benutzte nun dieser Tage die Frankfurter Volkstimme zu einem Inzerat. Prompt beschlagnahmte darauf der hiesige A- und S-Rat, der rein spartakistisch ist, auf dem hiesigen Bahnhof die für Hanauer Leser bestimmte Donnerstagsnummer der Volkstimme. Ferner kündigte der A- und S-Rat an, daß er Veröffentlichungen des Landrats Schmid in der Volkstimme nicht dulden und jede derartige Nummer für die Einfuhr nach Hanau beschlagnahmen werde.

Zivilkleidung für entlassene Kriegsteilnehmer.

Die Anträge auf Bewilligung von Zivilkleidung werden nur bei den für die Wohnung des Antragstellers zuständigen Bezirksausgabestellen entgegengenommen. Entlassungsbescheinigung, Lebensmittelausweis und Kriegsunterstützungskarte der Familie sind mitzubringen. Zur Ausgabe gelangen nur Anzüge, Teile von Anzügen und Mäntel, Wäsche und Schuhe sind vorhanden. Es handelt sich hierbei fast ausschließlich um getragene Militärjacken, die umgearbeitet und gefärbt sind. Berücksichtigt werden können nur solche Personen, die bedürftig sind, d. h., die außer der Uniform über keine Zivilkleidung verfügen und nicht in der Lage sind, die jetzt üblichen Handelspreise zu bezahlen.

!: Für Kriegsteilnehmer. Die Handwerkskammer zu Wiesbaden teilt mit, daß der Bezirksverband des Reg.-Bez. Wiesbaden unter der Verwaltung der Rast. Landesbank eine Kriegshilfskasse errichtet hat zu dem Zweck, Kriegsteilnehmern oder deren Angehörigen aus den Kreisen des selbständigen Mittelstandes durch Gewährung von Darlehen Hilfe zu leisten. Voraussetzung ist, daß die Betroffenen durch den Krieg in Verdrängnis geraten und zur Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit auf die Hilfe angewiesen sind. Das Darlehen soll in jedem einzelnen Fall 3000 Mark nicht übersteigen. Es kann auch in Form der Eröffnung eines Kredits zur Verfügung gestellt werden. Der Zinssatz soll vier Prozent nicht übersteigen. Das Darlehen soll regelmäßig für ein Jahr gewährt, kann indessen von Jahr zu Jahr bis zum 1. Januar 1926 verlängert werden. Die Rückzahlung kann in Raten geschehen. Die nötigen Formulare einer ordnungsmäßigen Antragstellung können durch den Kreisverband für Handwerk und Gewerbe, Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge, Geschäftsstelle Limburg, Schloß, bezogen werden.

Wahlergebnisse in Hessen-Nassau.

Arzbach, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 394, Sozialdemokraten 152, Unabhängige 2.

Cadenbach, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 163, Sozialdemokraten 63.

Eitelborn, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 415, Sozialdemokraten 61.

Oberlahnstein, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 2103, Deutsch-national 163, Deutschdemokratische Partei 437, Deutsche Volkspartei 220, Sozialdemokraten 1153.

Niederlahnstein, 19. Jan. Es wurden Stimmen abgegeben für: Zentrum 1120, Deutsch-national 12, Deutschdemokratische Partei 123, Deutsche Volkspartei 181, Sozialdemokratie 859.

Riellen a. L., 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 70, Deutsche Volkspartei 3, Sozialdemokraten 54.

Brücht, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Deutsch-nationale Partei 24, Deutsche Volkspartei 6, Zentrum 12, Deutschdemokratische Partei 75, Sozialdemokraten 43.

Braubach, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Zentrum 170, Deutsch-national 5, Deutschdemokratische Partei 500, Deutsche Volkspartei 93, Sozialdemokratie 624.

Singhofen, 20. Jan. Es erhielten Stimmen: Deutsch-national 162, Deutsche Volkspartei 45, Deutschdemokratische Partei 251, Zentrum 60, Sozialdemokrat 42, 76 Stimmberechtigte wählten nicht.

Holzappel, 20. Jan. Es erhielten Stimmen: Deutsche Volkspartei 72, Deutsch-nationale Partei 34, Zentrum 15, Deutschdemokratische Partei 117, Sozialdemokraten 150.

Hörsdorf, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Deutschdemokratische Partei 93, Sozialdemokraten 67, Deutsche Volkspartei 22, Zentrum 5.

Kageneihoven, 19. Jan. Bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung beteiligten sich von 649 eingetragenen Wahlberechtigten 563; es erhielten Deutschdemokraten 181, Deutsche Volkspartei 212, Sozialdemokraten 131 und Zentrum 30 Stimmen.

Laarburg, 19. Jan. Es erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 101, Deutschdemokratische Partei 37, Zentrum 9, Deutsche Volkspartei 40.

Leipzig (Stadt und Land). Deutsch-national 69 896, Christliche Volkspartei (Chr.) 3165, Deutschdemokratische Partei 171 480, Sozialdemokraten 124 315, Unabhängige 225 687.

Wien. Zentrum 113 420, Sozialdemokratie 113 615, Deutsche Volkspartei 16 417, Deutsch-national 8764, Deutschdemokratische Partei 33 864, Unabh. Soz. 4197. Ergebis noch unvollständig.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Das Wahlergebnis von Ems, das gestern nur in der Stadtavulage enthalten war, sei wegen der auswärtigen Leser hiermit nochmals veröffentlicht:

Wahllokal Kathaus: Deutsch-national 31, Deutsche Volkspartei 445, Zentrum 516, Deutschdemokratische Partei 523, Sozialdemokraten 220.

Wahllokal „Rheinischer Hof“: Deutsch-national 26, Deutsche Volkspartei 123, Zentrum 386, Deutschdemokratische Partei 522, Sozialdemokraten 490.

Gesamtergebnis:

Deutsch-national 57,
Deutsche Volkspartei 568,
Zentrum 902,
Deutschdemokratische Partei 1045,
Sozialdemokraten 720.

Für die ersten drei Parteien, die ihre Listen für unseren Wahlkreis verbunden haben, sind also 1527 Stimmen abgegeben worden. Das Ergebnis ist im allgemeinen als ein gutes zu bezeichnen.

Die Ergebnisse der beiden letzten Reichstagswahlen in Ems sind folgende:

1907:

1. Bezirk 476 Nationalliberale, 189 Zentrum, 5 Sozialdemokraten.

2. Bezirk 447 Nationalliberale, 226 Zentrum, 12 Sozialdemokraten.

zusammen 923 Nationalliberale, 415 Zentrum, 17 Sozialdemokraten.

1912:

1. Bezirk 428 Nationalliberale, 169 Zentrum, 64 Sozialdemokraten.

2. Bezirk 351 Nationalliberale, 175 Zentrum, 140 Sozialdemokraten.

zusammen: 779 Nationalliberale, 344 Zentrum, 204 Sozialdemokraten.

Zieht man in Betracht, daß diesmal zu den Stimmen von 1912 noch das Anderthalbfache an Frauenstimmen und jüngeren Wählern hinzukommt (1912: 1500 Stimmberechtigte gegen jetzt ca. 3780), so ergibt sich, daß das Zentrum mit einer kleinen Mehrheit von ca. 40 Stimmen, also gut abgeschnitten hat. Die prozentuell höchste Zunahme hat allerdings die Sozialdemokratie erreicht. Sie hätte etwas über 500 Stimmen erhalten müssen, hat jedoch 720 auf sich vereint, also über 200 Stimmen reine Zunahme, was allerdings, den gegenwärtig völlig überhöhten politischen Verhältnissen entsprechend, nicht viel besagen will. Die für die Deutsch-nationalen, Deutsche Volkspartei und die Deutschdemokraten abgegebenen Stimmen haben den entsprechenden Stand gegen 1912 bei weitem nicht erreicht. Sie hätten über 1900 Stimmen erhalten müssen, haben jedoch nur 1670 erreicht, ein Zeichen, daß der bei weitem größte Teil der Nichtwähler oder wohl vielmehr Nichtwählerinnen in den Kreisen dieser 3 bürgerlichen Parteien zu suchen ist. Das ist eine Mahnung für die bevorstehenden Landeswahlen. Die Zahl der Nichtwähler in 1912 betrug 219, jetzt ca. 450. Die Wahlbeteiligung war also diesmal im Verhältnis besser wie 1912.

Aus Diez und Umgegend.

Das Wahlergebnis ist, wie bereits berichtet, für unsere Stadt folgendes: Es erhielten Stimmen: Deutschdemokratische Partei 717, Sozialisten 575, Deutsche Volkspartei 255, Zentrum 224, Unabh. 2. — Bei den Wahlen 1912 erhielten die Nationalliberalen 380, die Konservativen 82, die Fortschrittler 141, die Sozialdemokraten 93. Diesmal tritt das Zentrum, das seinerzeit die Konservativen unterführte, stark auf. Auch die Sozialdemokraten haben einen sehr großen prozentualen Zuwachs zu verzeichnen. Das liberale Bürgertum, das sich in der Deutschdemokratischen und Deutschen Volkspartei vereinigt, hat nicht die der damaligen Verhältnisse entsprechende Stärke erreicht, wenn man die diesmal hinzukommende Zahl an Frauen und jugendlichen Wählern in Betracht zieht. Eine Mahnung für die kommenden Landeswahlen!

Das Rathaus läßt darauf hinweisen, daß die zur Ausgabe kommenden Legitimationsskarten von allen Beteiligten selbst beantragt werden müssen, da die Karten

eigenhändig zu unterschreiben sind und, wo nötig, auch das
Signament festzustellen ist. Am besten ist es, wenn jeder
Kaufsteller ein Bild mitbringt, da alsdann das Sig-
nament unnötig ist.

Eingefandt.

In Nr. 13 Ihres geschätzten Blattes vom 16. ds.
bringen Sie ein Eingefandt, das mit „Einige Erwerbslose“
unterzeichnet ist. In jeder Beziehung muß man den Herren
Eingefandten recht geben, denn noch immer sind, obgleich
noch zur Kriegszeit das Thema: Wie schaffen wir Arbeits-
gelegenheit für die Heimkehrenden, des Langen und Breiten
behandelt wurde, eine große Anzahl von Stellen von weib-
lichen Hilfskräften besetzt. Speziell technische und kauf-
männische Angestellte finden durch die Vahmlegung lebenden
Berufes, hervorgerufen durch die einschneidenden Bestim-
mungen, die in den besetzten Gebieten erlassen wurden
keine Arbeitsgelegenheit. Eine verdamnte Pflicht und
Schuldigkeit ist es daher, wenn Familienvätern, die während
des Krieges keinen Verdienst hatten u. teils mit, teils ohne
eine Unterstützung von Seiten ihrer früheren Arbeitgeber
ihre Familien durchbringen mußten, somit gegen unsere
Beamtenschaft, die eine Unterstützung nach der anderen ein-
facht und dennoch nicht zufrieden gestellt ist, nun endlich
Hilfe und Verdienst gegeben wird. Nicht allein die Er-
werbslosen, sondern auch die Arbeitgeber, die durch die
verzeitigten ungemein schwierigen Verhältnisse nicht in der
Lage sind, ihre früheren Angestellten wieder aufzunehmen,
fordern nunmehr, daß die auf dem Landratsamte, den ver-
schiedenen städtischen Stellen, den Banken usw. beschäftigten
weiblichen Hilfskräfte kurzweg entlassen und hierfür Männer
eingestellt werden. — Für die zur Entlassung kommenden
Männer findet sich Arbeitsgelegenheit in den Haushaltungen, und
keine Stelle braucht sich zu sorgen, daß es alsdann „wisi-
hade Stellenlose“ geben wird.

Kein Erwerbsloser.

Anzeigen und Erklärungen der Parteien zu den Wahlen
für die bevorstehende preussische Landesversammlung bitten
wir möglichst frühzeitig der Druckerei zustellen zu wollen, da
bei dem durch die Papierknappheit bedingten beschränkten
Raum sonst keine Gewähr für rechtzeitige Aufnahme über-
nommen werden kann. Am besten werden uns die Anzeigen
am Vormittag bis spätestens Mittag des vorhergehenden
Tages übermitteln.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Umtausch der Brot-, Fett- und Reichsfleischkarten.

Der Umtausch findet am Mittwoch, den 23. Donnerstag,
den 24. und Freitag, den 25. ds. Mts., vormittags von
8 bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 3 Uhr in der bis-
herigen Reihenfolge statt.

Bad Ems, den 21. Januar 1919.

Der Magistrat.

Verbot des Verkaufs von Schnaps an Militär und Zivilpersonen.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß Gastwirte
und Händler entgegen dem ausdrücklichen Verbote Schnaps
in Flaschen und in Gläsern an die Besatzungstruppen ver-
kauft haben.

Es wird erneut in Erinnerung gebracht, daß jeglicher
Verkauf und Ausschank von Schnaps streng verboten ist.
Auch an die Einwohnerschaft darf Schnaps nicht verkauft
werden.

Bei dieser Gelegenheit machen wir zur Behebung von
Zweifeln darauf aufmerksam, daß abends um acht Uhr Wirt-
schaftsstillstand ist, daß also die genehmigte Verlängerung des
Betriebs auf der Straße bis neun Uhr abends nicht
auf den Verkehr in den Wirtschaften bezieht.

Zumiderhandlungen werden künftig streng bestraft.

Bad Ems, den 3. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Diez, den 6. Januar 1919.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Pflichtfeuerwehr Bad Ems.

Bum Feuerlöschdienste verpflichtet sind alle männ-
lichen Einwohner vom 25 bis einschließlich 45.
Lebensjahre.

Bei Brandfällen treten sie sofort an den Sammel-
stätten der einzelnen Bezirke, und zwar
1. Bezirk am Frugmagazin in der Grabenstraße,
2. und 3. Bezirk am Spritzenhaus an der Remybrücke
an.

Armbinden sind unbedingt anzulegen.

Die Ortsmilitärbehörde hat den Wunsch ausgesprochen,
daß bei eingetretener Dunkelheit Feuerlärn nur mit
der Glocke und nicht mit den Alarmhupen gegeben
wird. Dieser Wunsch ist zu beachten. Im übrigen
wird bemerkt, daß die freiwillige Feuerwehr bei Nachtzeit
in Uniform auf der Brandstelle erscheinen darf.

Ich benutze die Gelegenheit, allen Feuerwehrenten
einzuschärfen, daß sie bei Ausbruch eines Brandes voll-
ständig zu erscheinen haben.

Angeforderte Mannschaften und Führer der Pflicht-
feuerwehr haben die Binden sofort an ihre bisherigen
Oberführer gegen Bezeichnung abzuliefern.

Bad Ems, den 12. Januar 1919.

Der Branddirektor.

Th. Pfeffer.

Todes-† Anzeige.

Freunden und Bekannten hiermit die schmerzliche Mitteilung,
daß mein lieber, treuer Gatte, Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Sattlermeister

Jean Julius Berg

heute mittag 1 Uhr nach langem, schwerem, mit großer Geduld er-
tragenem Leiden, öfters gestärkt durch die hl. Sterbesakramente
der kath. Kirche, sanft verschieden ist.

Er war Mitglied der Bruderschaft zum heiligen Josef und des
kath. Männervereins.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bad Ems, Cöln, Neuwied, Neuenahr, Metz, Luxemburg,
den 20. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 2 Uhr von der
Friedhofskapelle aus statt.

Erstes Seelenamt findet Freitag morgen 6³/₄ Uhr in der Pfarr-
kirche statt.

[556]

Bekanntmachung.

Die Ortsmilitärbehörde will Lese- und Spielführer im me-
einrichten, um ihren Soldaten einen Zeitvertreib zu bieten.
Diese Einrichtung liegt auch im Interesse unserer Stadt und
Bürgerchaft.

Um das Unternehmen zu ermöglichen, bitte ich um ge-
fällige, recht baldige Ueberweisung von französischen Büchern,
Bildern, Zeitschriften, alten und neuen Zeitungen, sowie um
Spiele, wie z. B. Lotto, Schach, Domino; Brettspiele; Karten-
spiele und dergl. Die Sachen werden gegen Empfangsbeschei-
nigung bezw. Zahlung von Stadtkassentaxen u. s. und vom Rat-
hausdiener in Empfang genommen.

Bad Ems, den 18. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Dr. Schubert.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Chefs der hiesigen Militärpolizei
wird hiermit bekannt gegeben, daß Hunde bei eingetretener
Dunkelheit nicht mehr frei umherlaufen dürfen, sondern an
der Leine geführt werden müssen. Jeder Besitzer eines Hun-
des ist für die genaue Beachtung dieser Anordnung persönlich
verantwortlich.

Bad Ems, den 13. Januar 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Stadtverordneten-Sitzung.

Donnerstag, den 23. Januar 1919, nachm. 3 Uhr

Tagesordnung:

A. Vorlagen des Magistrats:

1. Einführung einer Verwaltungs-Ordnung für die Kaiser
Friedrich-Schule.
2. Instandsetzung des Schiffertweges
3. Uebernahme einer Bürgerchaft.

B. Besprechung von Kurangelegenheiten.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebend einge-
laden.

Bad Ems, den 20. Januar 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher.

Franz Grinisch.

Für Restaurateure.

Hölzerne Gartenhalle

mit Schieferdach und Kessel, Breite 6 m, Tiefe 3 m,
Höhe 3¹/₂ m, zu verkaufen. Zu tragen in der G-
schäftsstelle der Emser Btg. [542]

Besitzsteuer.

Die Zahlung der bis zum 10. Januar d. Js. fällig ge-
wesen 4. Besitzsteuer-Rate wird hiermit in Erinnerung ge-
bracht.

Diez, den 13. Januar 1919.

Die Stadtkasse.

Gelesen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

V. Ehrenberg, Dentist.

Diez a. L.

Rosenstr. 34.

Gewissenhafte und möglichst schmerzlose
Behandlung.

Verarbeitung nur besten Materials.

Behandlung sämtlicher Kassenmitglieder.

Wer erteilt
Gesangunterricht?
Offerte mit Preisangabe und X. 100
an die Geschäftsstelle. [559]

Garten

oder dazu geeignetes Grundstück
zu pachten oder zu kaufen gesucht.
Off m. Preis u. W. 20 an die
Geschäftsstelle der Emser Btg. [549]

Pferde- und Auf- dung

abzugeben.
Max Balzer, Bad Ems,
Bahnhofstr. 2.

Ein noch gut erhaltener
Ronditor-Badofen

(doppelt) preiswürdig zu ver-
kaufen, ebenso ein eisernes
Gittertor ca. 2,15 m breit
und 2,50 m hoch mit guß-
eisernen Ständern.

Carl Becholdt, Nassau,
Emserstr. 15. [561]

Ein gut erhaltenes

Konfirmanden- Anzug

zu verkaufen. Rühreter Geschäfts-
stelle der Diezer Zeitung. [557]

Spenglerlehrling

gesucht. Rudolf Jörn, Emser,
618, Grabenstr. Nr. 8.

Todes-† Anzeige.

Sonntag abend 7 Uhr entschlief sanft nach
langem schwerem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden unsere innigstgeliebte, treusorgende Mutter,
Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwä-
gerin und Tante, Frau

Rosa Nathan Ww.

geb. Oster

im 77. Lebensjahre.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Bad Ems, Essen (Ruhr) u. Freiburg i. Bad.,
den 20. Januar 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 22.
Januar, nachm. 2 Uhr (neue Zeit) von der
Friedhofskapelle aus statt. [562]

Dankagung.

Für die uns erwiesene Teilnahme bei dem
Hinscheiden unserer nun in Gott ruhenden lieben
Mutter, Großmutter, Schwiegermutter u. Tante

Frau Karl Sandgrebe Witwe

sagen wir allen, besonders für die liebevolle
Pflege der Schwestern im Marienkrankenhaus,
sowie den Herren Trägern und für die vielen
Blumenspenden unsern herzlichsten Dank.

Bad Ems, den 21. Januar 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen. [560]

Projektierung und Ausführung elektr. Licht- u. Kraftanlagen.

Anschluss an Ueberlandzentralen u. Elektrizitätswerken.
Eigene Anlagen.

Signal- u. Telefonanlagen

jeder Größe und jeden Systems.

Karl Hagelauer, Elektr.

Bad Ems, Bleichstr. 17. [591]

Ein tüchtiges, zuverlässiges

Mädchen,

perfekte Köchin

in sämtlichen Hausarbeiten
bewandert, per 15. März
gesucht. [526]

Otto Meyer, Diez.

Marktplatz 8.

Älteres Mädchen

in Kolonialwaren- u. Delikatessen-
geschäft gesucht, bei freier Station,
Dasselbe muß nicht unbedingt
Brauchkenntnisse haben, dafür
aber durchaus zuverlässig sein und
etwas schriftliche Arbeiten mit
übernehmen. Offerten mit Bild
und Gehaltsansprüchen an
G. May, Kolonialwaren, Diez.

Kurgast sucht Lebensge-
fährten zum Inhabieren, um
Eröffnung eines Inha-
latoriums zu erreichen.
Werbungen unter V. 30 an
die Geschäftsstelle der Emser
Zeitung [546]

Stundenfrau

oder Mädchen für Mittwoch und
Samstag gesucht. [558]

Kaus, Römerstraße 58, Emser.

Traves

Dienstmädchen

sofort oder später gesucht [544]

Frau G. May, Diez.